

5. Statistische Erkenntnisse zu Covid-19 gewinnen

Dringliches Postulat Tobias Langenegger (SP, Zürich), Marc Bourgeois (FDP, Zürich) vom 16. November 2020

KR-Nr. 416/2020

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 16. Dezember 2020 bekannt gegeben. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Das Timing für dieses dringliche Postulat ist ziemlich passend. Der erste Entwurf war schon im Oktober geschrieben worden, und die Idee war schon damals ziemlich alt, weil bereits im ersten Lockdown (*Frühling 2020*) Stimmen laut wurden, die gefordert haben, dass man jetzt mehr empirische Erkenntnisse zu Corona (*Corona-Pandemie*) haben sollte und entsprechend mehr investiert. Es war aber auch klar, dass während des Lockdowns die Priorität der Regierung primär auf der Bewältigung der Pandemie gelegen hat und man nicht mehr in neue empirische Erkenntnisse investieren wollte. Aber die Zeit ist verstrichen und niemand hat in diesem Bereich wirklich neue Erkenntnisse hervorgebracht. Und so tappen alle weiter im Dunkeln. Entsprechend sind die Massnahmen nicht nur rational, sondern primär vom gerade aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und den Vermutungen sowie dem medialen Druck, gepaart mit dem Druck hinter den Kulissen von tendenziell eher grossen Wirtschaftsverbänden, geprägt. Und heute beginnt der zweite Lockdown wieder mit dem vollen Hammer. Welche Massnahmen das Virus aber wirklich eindämmen, darüber weiss man, ehrlich gesagt, kaum mehr. Das ist bedenklich.

Entsprechend bedenklich liest sich auch die Antwort der Regierung. Sie sagt nicht: «Nein, sorry, das können wir nicht», sondern sie sagt: «Nein, sorry, das wollen wir nicht. Damit würden wir ja international noch Neuland betreten und vor allem würden wir dann auch mit den Erwartungen umgehen müssen, die wir damit wecken.» Lieber Regierungsrat, es geht jetzt eben genau darum, Neuland zu betreten. Der Kanton Zürich als grösster Kanton in der Schweiz ist prädestiniert, um hier einen Sondereffort zu leisten. Und mit den Universitäten und Fachhochschulen im Kanton haben wir immenses empirisches Fachwissen – sozusagen um die Ecke –, also nutzen wir diese Chance. Denn ganz ehrlich, was ist die Alternative? Stochern im Nebel? Weiter denen folgen, die am lautesten schreien? Das kann es nicht sein, wir brauchen fundierte Erkenntnisse als Entscheidungsgrundlage.

Unterdessen gibt es verschiedene empirische Analysen vom ersten Lockdown, aber die Datengrundlage ist schlicht immer noch zu dünn. Beispielsweise hat die «WOZ» (*Wochenzeitung*) vom Donnerstag von der Forschung von Meher Prakash (*indischer Biophysiker*) berichtet. Er untersuchte den Effekt von Massnahmen auf den R-Wert (*Reproduktionszahl*), genau das, was man grossräumig

machen muss. Dabei findet er die Erkenntnis, dass den grössten Einfluss der Tourismus hat. Wegen der Datengrundlage kann er aber nicht ausschliessen, dass ein grosser Teil dieser Erkenntnis dadurch verfälscht wird, dass darin der Pendlerinnen- und Pendlerverkehr subsummiert ist. Ich könnte Ihnen zig solche Beispiele aufzählen, Sie haben es auch in der Sonntagspresse lesen können, beispielsweise zu den Schulen, zu Restaurants, zu Bars und Clubs et cetera. Das ist alles wegen der fehlenden Datengrundlage, wir wissen schlicht zu wenig.

Dann möchte ich kurz auf das Killerargument «Datenschutz» eingehen. Dazu ist zu sagen, dass der hier von uns vorgeschlagene Weg auf Freiwilligkeit beruht. Es wird niemand gezwungen, hier mitzumachen. Aber schauen Sie: Allein letzte Woche haben sich über 30'000 Leute im Kanton Zürich testen lassen. Vor einem Monat, sozusagen in der Vorweihnachts-Rushhour, haben sich über 50'000 Leute im Kanton Zürich testen lassen. Ich bin überzeugt, dass ein substantieller Teil dieser Personen an einer freiwilligen Befragung mitmachen würde, wenn der Datenschutz gewährleistet werden kann. Und ich bin überzeugt, dass die Regierung eine Lösung findet, damit dem so ist. Denn der Leidensdruck ist schlicht viel zu gross und die immense Unwissenheit nagt an den Nerven. Wir hatten gerade persönlich das Beispiel eines Corona-Falls in unserer Siedlung. Dürfen die Kinder noch im Gang spielen oder dürfen sie nicht? Wir wissen es nicht, wir wissen schlicht zu wenig. Wichtig ist natürlich, dass die Umfrage sehr niederschwellig ist, beispielsweise per QR-Code online ausgefüllt werden kann, während man auf den Test wartet. Und es ist auch klar, dass nicht alle mitmachen werden. Aber ja, es geht schlussendlich nur um Korrelationen, die man herausfinden möchte, und nein, die absolute Sicherheit haben wir dann auch nicht. Trotzdem müssen wir alles unternehmen, um gescheiter zu werden. Und jetzt werden Sie staunen, dass ich am Schluss noch die Handelskammer zitiere: Sie hat in ihrer aktuellen «Stimme der Wirtschaft» zu diesem Postulat geschrieben, dass es darum gehe, eine systematische sowie qualitativ hochstehende Datengrundlage über Hotspots, Ansteckungs-ort und deren Eigenschaften zu gewinnen, denn diese sei von hoher Relevanz. Deshalb unterstützen Sie dieses Postulat und tragen wir als Kanton einen Teil dazu bei, dass diese Pandemie irgendwann ein Ende nimmt. Besten Dank.

Susanna Lisibach (SVP, Winterthur): Obwohl das dringliche Postulat der SP und der FDP durchaus einen positiven Aspekt hat, nämlich, dass angeblich durch diese statistischen Ermittlungen Orte mit hoher Ansteckungsgefahr gezielter ermittelt werden können, überwiegen für die SVP-Fraktion die Gegenargumente. Das Contact Tracing wurde zu einem Team mit heute etwa 700 Helfern aufgebaut. Es wurden Infrastrukturen erstellt und die Leute entsprechend ausgebildet. Das System funktioniert, die Bevölkerung hat sich daran gewöhnt und es wird schweizweit gleich gemacht. Die Contact Tracer fragen die Leute, wo sie waren, wo sie sich angesteckt haben könnten und mit wem sie 48 Stunden vor der Ansteckung Kontakt hatten. Die befragten Personen geben, wenn möglich, Auskunft, wenn sie es wissen oder vermuten. Manchmal geben sie aber auch keine Auskunft, weil sie schlicht nicht dazu bereit sind. Und jetzt soll dem, vorgelagert, eine statistische

Einvernahme stattfinden, bei der jeder dasselbe gefragt wird, plus will man zusätzlich wissen, wie das Bewegungsmuster, die Tätigkeiten und Verhalten sind. Es ist davon auszugehen, dass eine Teilnahmebereitschaft für so eine statistische Befragung deutlich tiefer ist. Falls die statistische Erhebung nachgelagert durchgeführt würde, wäre die Bereitschaft dazu womöglich noch viel kleiner. Bereits die Postulanten sagen: «Sollten die Ergebnisse zu spät eintreffen, wäre diese Erhebung vergeblich.» Das Geld wäre schlicht zum Fenster hinausgeworfen, und ist im Moment nicht wirklich im Überfluss vorhanden.

Die Schweizerinnen und Schweizer sind, was ihre persönlichen Daten angeht, sehr sensibel, was auch der Regierungsrat in seiner Stellungnahme erwähnt, namentlich die Umfrage der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) zum Gebrauch der Swiss-Covid-App, die repräsentativ ist. Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass sie ihre persönlichen Daten für diese Auswertung über einen längeren Zeitraum zur Verfügung stellen. Die Standortdaten werden zum Beispiel via Handy-Lokalisierung ermittelt. Würde man die gleiche Überwachungsforderung unter dem Titel einer Statistik für polizeiliche Ermittlungen verlangen, wäre die linke Ratsseite die erste, die lauthals nach dem Datenschutz schreien würde. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion dieses Postulat zusammen mit dem Regierungsrat ab.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, sagt man. Jetzt weiss ich endlich, was das bedeutet. Ich werde heute keine Steine werfen, höchstens vielleicht in Richtung SVP aufgrund des vorherigen Votums; da wurde offenbar etwas nicht verstanden.

«Wie gross ist die Ansteckungsgefahr in Restaurants wirklich?», titelte der Tages-Anzeiger kürzlich. Und die NZZ doppelte nach: «Entscheidende Daten zu Infektionsketten fehlen», und schreibt weiter: «Neueste Daten des BAG (*Bundesamt für Gesundheit*), welche die NZZ auf Anfrage erhalten hat, zeigen ein lückenhaftes Bild der Ansteckungsorte.» Und, liebe SVP, ein grosser Teil der getesteten Personen werden nicht gefragt, wo sie sich angesteckt haben könnten. Die Wirkung dieser Datenlage lässt nicht auf sich warten. «Bei uns steckt sich niemand an», sagt jede Branche. Eigentlich dürfte sich gar niemand mehr anstecken, trotzdem stecken sich Menschen an. Die Corona-Krise dauert nun gut zehn Monate, doch es gibt nach wie vor wenig Informationen dazu, wo sich die Schweizerinnen und Schweizer mit dem Virus anstecken. Seit bald einem Jahr werden behördliche Massnahmen über Nacht verfügt, die verfassungsmässige Grundrechte über Bord werfen. Das sind schwerwiegende Entscheide, das sind wirtschaftlich und sozial folgenschwere Entscheide. Entsprechend hohe Anforderungen sind aus rechtlicher und staatspolitischer Sicht an die Begründung für diese Massnahmen zu stellen.

Die ständig wechselnden Massnahmen erfüllen diese Bedingung aber nicht. Der Bundesrat und der Regierungsrat ordnen an, begründen aber kaum wissenschaftlich. Der Grund ist einfach: Auch der Bundesrat und der Regierungsrat stochern im Nebel. Das war anfangs akzeptabel, nach einem Jahr ist es nicht mehr akzeptabel. Ist es denn unerreichbar, dass robuste, umfassende Daten darüber vorliegen,

wie hoch das Infektionsrisiko an bestimmten Orten ist? Nein. Ein Forschungsteam der Stanford University hat diese Lücke geschlossen, indem es ein mathematisch-epidemiologisches Modell mit umfangreichen Bewegungsdaten kombiniert hat. Die Arbeit erschien im November 2020 im renommierten Fachblatt «Nature». Die Ergebnisse der Studie sind als Werkzeug für politische Entscheidungsträger gedacht. Die Studie zeigte beispielsweise, dass sich rund 80 Prozent der Infektionen auf rund 10 Prozent der Points of Interest konzentrieren. Das versträgt sich schlecht mit der Schliessung von 90 Prozent der Betriebe, wie wir sie ab heute haben. Allerdings sind die Studienresultate nur sehr begrenzt auf unsere Verhältnisse übertragbar.

Der Regierungsrat bestätigt in seiner Antwort all diese von mir eingangs gemachten Feststellungen, wörtlich: «Daten, die aufzeigen, in welchen Kontexten und durch welche Verhaltensweisen der Menschen die Ausbreitung des Coronavirus begünstigt oder auch gehemmt wird, sind wichtig. Für die Schweiz und den Kanton Zürich gibt es dazu jedoch nur wenige belastbare Erkenntnisse auf individueller Ebene.» Das Anliegen der Postulanten, durch eine systematische Befragung zur Verbesserung der Faktenbasis beizutragen, sie deshalb prinzipiell zu begrüßen. Auch das vorgeschlagene Vorgehen, sich auf die getesteten Personen zu konzentrieren, schein grundsätzlich vielversprechend. Trotzdem lehnt er das Postulat ab. Er verweist dabei zuerst einmal auf den Datenschutz. Da muss ich nur sagen: Die Teilnahme ist freiwillig, das steht so im Text. Punkt 2: Offenbar weiss die rechte Hand im Kanton Zürich nicht, was die linke tut. Das Forschungsinstitut Intervista untersucht bereits seit einiger Zeit im Auftrag des Statistischen Amtes des Kantons Zürich das Mobilitätsverhalten der Schweizer Bevölkerung während der Corona-Pandemie. Mit einer App (*Applikation für Smartphones*) werden die Aufenthaltsorte und die genutzten Verkehrsmittel der Studienteilnehmer kontinuierlich getrackt. Im Fokus stehen dort aber vorwiegend die täglich zurückgelegten Distanzen, nicht die Korrelation von Aufenthaltsort und Ansteckungen. Der Datenschutz ist offensichtlich ein topstarkes Argument.

Der Regierungsrat sagt weiter, das Postulat würde Neuland beschreiten. Schauen Sie nach Stanford, schauen Sie, was die US-Gesundheitsbehörde gemacht hat, schauen Sie, was die Universität Warwick gemacht hat: Es wurde schon gemacht, man könnte es machen.

Und der dritte Einwand: Die Resultate wären nicht zeitnah verfügbar. Ja, wissen Sie denn, wie lange die Corona-Krise noch dauert? Ich weiss es nicht. Sie dauert immer länger und noch länger und noch länger. Es wäre nicht schlecht, der Regierungsrat würde für seine Wirtschaft mehr machen, als einfach die Gebote aus Bern umzusetzen und sich nicht darum zu kümmern, ob diese denn auch wirklich punktgenau wirken. Wir bitten ihn deshalb erneut und wir bitten auch das Parlament, dafür zu sorgen, dass sich künftige Massnahmen auf eine verbesserte Datengrundlage stützen können und damit mehr Akzeptanz geniessen. Besten Dank.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Ich kann vorwegnehmen, dass die Grünliberalen dem dringlichen Postulat ambivalent gegenüberstehen. Unbestritten ist für uns die Anerkennung, dass Bekämpfungsmassnahmen zu Covid-19 die Gesellschaft und

Wirtschaft stark herausfordern und auch belasten. Konsistente Massnahmen sind wichtig, um das Virus einzudämmen und damit grössere Schäden auf gesundheitlicher, sozialer und wirtschaftlicher Ebene zu verhindern. Eine bessere Faktenbasis zu haben ist grundsätzlich wünschenswert und im Sinn der Grünliberalen. Daher verstehen wir das Anliegen, dass mit einer zusätzlichen Datenerhebung die politischen Entscheide noch besser evidenzbasiert und datengestützt erfolgen können. Schliesslich wollen wir, dass Entscheide aufgrund von wissenschaftlicher Evidenz gefällt werden. Und wissenschaftliche Erkenntnisse sollen klar die Basis für politische Entscheide bilden. Andererseits wissen wir jetzt schon, wo Ansteckungen erfolgen, nämlich überall dort, wo sich Menschen begegnen, umso mehr, wenn Abstände oder Schutzmassnahmen nicht umfassend eingehalten werden. Für diese Erkenntnis braucht es jedoch keine zusätzliche Datenerhebung. Welche Kontakte noch erfolgen dürfen und welche nicht, ist dann schliesslich eine politische Gewichtung und ein Abwägen von Vor- und Nachteilen auf allen Ebenen. Gegen eine vorgeschlagene Datenerhebung spricht auch, dass die Erkenntnisse aus einer zusätzlichen statistischen Erhebung nur Vermutungen zu Zusammenhängen zulassen. Eine eindeutige Ursache-Wirkung-Beziehung zu Ansteckungswegen und Hotspots, wie es für eine wissenschaftliche Evidenz erwünscht wäre, kann auch eine zusätzliche Datenerhebung nicht leisten. Erkenntnisse aus den Übertragungen wären nur statistische Korrelationen für Verhaltensweisen und Infektionsrisiken, während keine kausalen Beweise, wo, wie oder weshalb eine Ansteckung effektiv erfolgt wäre. Von daher wäre es unsicher, ob bessere Daten als bessere Basis für Massnahmen-Entscheide taugen würden. Resultate aus zusätzlichen Befragungen müssten also mit Vorsicht gebraucht werden und könnten die evidenzbasierte Entscheidungsfindung nicht unbedingt verbessern. Ganz gegen den Strick ginge deshalb auch eine Auswertung von Handydaten. Zudem ist es fraglich, ob die Resultate zeitnah vorliegen können. Eine wissenschaftliche Studie braucht eben ihre Zeit. Und ob zusätzliche statistische Erhebungen für eine zukünftige Pandemie überhaupt verwendet werden könnten, ist ebenfalls ungewiss. Kommt dazu, dass eine Mehrheit der GLP-Fraktion dem jetzt schon überlasteten System nicht noch weitere zusätzliche Massnahmen zumuten möchte. Demgegenüber vertritt eine Minderheit die Meinung, dass es kein Grund ist, auf weitere Aufgaben zu verzichten, nur weil das Contact Tracing zu wenig umfangreich aufgeleitet wurde. Schliesslich findet eine Mehrheit der GLP-Fraktion, dass eine zusätzliche Datenerhebung auf Bundesebene zu erfolgen hätte. Eine Möglichkeit wäre ein Einbauen von Fragen zum Verhalten und Aufenthalt über die Covid-App gewesen. Das wäre viel schlanker gewesen und Resultate würden jetzt schon vorliegen. Aus all diesen Überlegungen wird die grosse Mehrheit der GLP-Fraktion das dringliche Postulat nicht unterstützen. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Die Grünen lehnen das dringliche Postulat ab. Grundsätzlich ist eine solide Datenlage zur Verbreitung des Corona-Virus zu begrüssen, damit die behördlichen Massnahmen mit dem besten Nutzen-Schadens-Verhältnis angepasst werden können. Ich erachte es als selbstverständlich,

dass die Regierung gewillt ist, den Zürcher Forscherinnen und Forschern die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten. Dies sollte aber ohne Eingriff in die Forschungsfreiheit und ohne grosse Bürokratie geschehen. Die grossangelegte Ciao-Corona-Studie der Universität Zürich, welche Antikörpertests bei Schulkindern durchführte, zeigt, dass gute Forschungsprojekte im Kanton Zürich möglich sind.

Dass es die Regierung als vielversprechend erachtet, sich auf die getesteten Personen zu konzentrieren, erstaunt. Dass nun Personen befragt werden, welche sich testen lassen, würde zu einem Bias (*Verzerrung in einer statistischen Probe*), einem systemischen Fehler führen, da diese Personengruppe nicht zwingend mit der Gesamtbevölkerung übereinstimmt. Ängstliche Personen lassen sich vielleicht mehr testen. Ein Kind lässt man vielleicht eher zu Hause, während ein Elternteil sich testen lässt. Es wurden zudem schon x Studien zur Übertragung des Corona-Virus publiziert. Auf PubMed, einer medizinischen Studiendatenbank, sind zurzeit tausende von Studien – konkret Stand heute Morgen: 12'030 – dazu publiziert. Und dies nur zur Übertragbarkeit des Virus, nicht zum Virus an sich oder zur Pandemie. Die Verbreitungswege des Corona-Virus sind also schon sehr gut verstanden. Ob sich das Corona-Virus in Zürich anders ausbreitet als zum Beispiel in München, bleibt zumindest stark zu bezweifeln. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, dieses dringliche Postulat abzulehnen. Herzlichen Dank.

Josef Widler (CVP, Zürich): Dieses dringliche Postulat ist wieder ein typisches Zeichen des Aktivismus, der im Moment herrscht. Es herrscht tatsächlich eine grosse Unsicherheit. Die Menschen sind verängstigt. Jetzt kommt noch ein Virus, das offenbar noch ansteckender sein soll, auch das eine bis jetzt unbestätigte Hypothese, aber sie hat bereits Einfluss genommen auf die Massnahmen. Das Postulat verlangt eine wissenschaftliche Arbeit. Im heutigen Covid-Fieber ging häufig vergessen, dass Voraussetzung für eine wissenschaftliche Arbeit eine gute Hypothese sein muss. Einfach Daten zu sammeln, bringt sehr wenig. Es gibt ja Fakten, die bestens bekannt sind. Wie Sie wissen, waren bis am Samstag im Kanton Zürich 1040 Leute an Covid verstorben, mit oder an Covid verstorben, das sind pro Tag drei Personen. Von diesen Menschen waren 640 in einem Alters- oder Pflegeheim wohnhaft. Also 380 Menschen, die nicht in einem Alters- oder Pflegeheim waren, sind verstorben. Das Durchschnittsalter dieser Menschen ist 87 Jahre. Sie wollen jetzt eine Untersuchung machen, um herauszufinden, wo die Hotspots der Übertragung sind, eine Arbeit, die wahrscheinlich nicht viel bringen wird. Denn wir wissen, die Ansteckungen finden vor allem in der Familie, im Haushalt statt, und Alters- und Pflegeheime können Sie behandeln wie einen Haushalt oder wie eine Familie. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass dort viele Menschen erkranken und sterben. Also wenn Sie schon Massnahmen suchen, dann versuchen Sie, vor den Endpunkten einzugreifen und nicht bei den Jugendlichen auf dem Pausenplatz. Denn bis das Virus vom Pausenplatz, wo es selten vorkommt, dann im Pflegeheim ankommt, ist ein sehr langer Weg. Und Sie werden diesen Weg mit einer Statistik nicht klären können.

Lehnen Sie also dieses Postulat ab. Es beschäftigt nur die Verwaltung respektive das Contact Tracing und führt nicht zu einer guten wissenschaftlichen Studie. Lehnen Sie es ab und sparen Sie sich diese Gelder.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste, AL, wird dieses dringliche Postulat nicht überweisen. Das Zusammenspannen von SP und FDP nannte man früher in der Stadt Zürich «Koalition der Vernunft». Dies setzt natürlich hohe Standards für dieses Postulat und das Postulat kann diesen Standard leider nicht erreichen. Es handelt sich hier viel eher um einen typischen Corona-Vorstoss. Er ist allenfalls gutgemeint, aber er ist hilflos. Es kommt auch nicht gut, wenn die Politik Wissenschaft spielen will, so wie es auch nicht gut kommt, wenn die Wissenschaft Politik spielen will.

Die SP und die FDP wollen mit einem anonymisierten Bewegungsmuster quasi dem Corona-Virus auf die Spur kommen, es geht hier also um eine Rasterfahndung nach dem Corona-Virus. Aber das ist Mumpitz, mit statistischen Daten finden Sie hier wenig heraus. Das Bewegungsmuster sagt nichts darüber aus, wie sich das Corona-Virus letztendlich verbreitet. Sie können beispielsweise in einem Monat zehnmal in einem Club verkehren und kein Corona kriegen, Sie können aber in diesem Monat nie in einen Club gehen und dennoch mit Corona infiziert werden. Solange wir also wenig darüber wissen, wie sich Corona genau verbreitet und wie man sich infiziert, solange werden Sie auch mit Bewegungsmustern keine Korrelationen herstellen können. Nützen würden allenfalls personalisierte Bewegungsmuster, indem man genau abklärt, wer wann wen getroffen hat, der vor kurzem mit Corona infiziert wurde. Aber Sie sehen, das ist genau die Übungsanlage des Contact Tracings. Wenn ich also aus dem Postulat herauslese, dass man ein zweites Contact Tracing möchte, dann lese ich auch heraus, dass die Postulanten eher skeptisch sind, dass das Contact Tracing überhaupt noch funktioniert, eine Befürchtung, die man allenfalls teilen kann.

Letztendlich ist dieses Postulat auch aus Datenschutzgründen abzulehnen. Die Alternative Liste wird es nicht überweisen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht, fraktionslos): Schön, dass ich als Fraktionsloser hier auch eine Frage und einen Antrag stellen darf, ab Traktandum 9 soll ich es ja nicht mehr dürfen in den nächsten Monaten.

Ich werde dieser Überweisung zustimmen, stelle mir aber noch ein paar Fragen dazu. Und je nach Antwort von Frau Regierungsrätin (*Natalie Rickli*) werde ich dann halt auch ablehnen müssen.

Ich glaube nicht, dass es nur die Begründung der Postulanten ist, welche so eine Datenerhebung benötigt, sondern auch das erratische Verhalten auf Stufe Bund und auf Stufe Kanton. Lassen Sie mich das kurz ausführen: Einige von Ihnen haben schulpflichtige Kinder, wie auch ich. Wenn mein Kind mit einem Kind in der Schule ist, dessen Vater, Mutter, Geschwister Covid-Südafrika, -England, vielleicht dann auch -Brasilien oder -Timbuktu haben, dann müssen meine Frau und ich und die Geschwister in Quarantäne. So die Aussage im «Blick» und im Tages-

Anzeiger vom letzten Samstag. Und dazu hätte ich gerne von Frau Regierungsrätin eine Stellungnahme: Wer hat das verfügt? Ihre Kantonsärztin (*Christiane Meier*)? Kann die alles verfügen? Denn das macht keinen Sinn. Das macht nur Sinn, damit möglichst viele Leute in die Quarantäne müssen und unsere Wirtschaft weiter massiv geschädigt wird. Wenn dem so ist, dann machen Sie die Schulen zu, wenn Sie das Gefühl haben. Dann machen Sie die Schulen zu und nachher haben Sie dieses Problem gelöst, aber nicht noch die Eltern, welche zum Teil noch irgendetwas zur volkswirtschaftlichen Leistung, welche noch nicht ganz abgestellt ist, beitragen, nutzlos – und ich sage: nutzlos – in Quarantäne schicken, wenn man es anders machen kann, mit Schulschliessungen. Aber Frau Regierungsrätin, Bern hat halt gesagt «Wir machen die Schulen nicht zu», und dann ist es nicht opportun, nach dem gemeinsamen Auftreten von Frau Steiner (*Regierungspräsidentin Silvia Steiner*) und Frau Rickli betreffend Schliessung der Skigebiete im Bündnerland noch einmal einen solchen Zug zu machen. Und dann wird der Zug anders gemacht. Dann wird gesagt: Wir machen die Klassen zu. Wir schicken die Lehrer und wahrscheinlich auch deren gesamte Familien in Quarantäne. Und das kann es nicht sein. Dann seien Sie ehrlich, Frau Rickli, kommen Sie hier nach vorne und sagen, gemäss Ihrer Ansicht müssten die Schulen im Kanton Zürich geschlossen werden. Ich persönlich bin anderer Meinung, aber das ist dann eine ehrliche Politik. Und statistisch muss man das doch zuerst einmal erheben, bevor man so etwas verfügt. Das hat ganz gravierende Konsequenzen, was diese Kantonsärztin scheinbar ohne Placet von Frau Rickli am letzten Samstag verfügt hat. Ich bitte um eine Stellungnahme unserer Regierungsrätin in dieser Sache, vor allem, wie man das statistisch aufnimmt. Danke.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Ja, ich möchte mich hier den Gedanken mindestens dreier Vorredner anschliessen: Um Entscheidungen zu fällen, brauchen wir möglichst viele Grundlagen, seriöse Grundlagen. Und ich denke, die Aussage, man könne mit Covid keine Politik machen, ist richtig, aber Covid macht zumindest seit einem Jahr Politik mit uns, und zwar mit Folgen, über deren Details wir materiell nicht reden, Folgen, die für uns, für unsere Nachkommen nicht abschätzbar sind. Darum ist es schon sehr wichtig, dass wir alles unternehmen, was den Nebel etwas lichtet und uns mehr Informationen gibt. Ich möchte da ein Beispiel ausführen, der Schneefall von letztem Freitag: In den letzten Jahren konnten wir uns darauf einstellen, dass es nicht mehr so stark schneit. Wir sind vielleicht runtergefahren mental, teilweise auch materiell runtergefahren, aber der Schnee ist jetzt gekommen. Sie mögen sich alle – die ältere Generation – an den Kalten Krieg erinnern. Es hat Ungarn (*Aufstand 1956*) gegeben, es hat andere Probleme gegeben. Die Freiheit musste auch wirklich verteidigt werden, es hätte auch uns treffen können. Nachher wurde dies vielleicht ein bisschen zur Lachnummer und man hat gesagt: Ja warum das Reduit, warum die Panzer, das Ganze? Aber die Bedrohung war da. Jetzt sind wir in der Covid-Situation. Man hat die Pandemie immer schon geübt, sie ist nun eingetreten vor einem Jahr, und wir stehen wiederum vor grossen Herausforderungen und müssen diese bewältigen. Alles, was jetzt wirklich diese

Herausforderung besser quantifizieren kann und uns hilft, sie zu bewältigen, ist eigentlich gut und befürworte ich.

Dazu zwei weitere Beispiele: Wenn die Influenza im Jahr 2015 Faktor 100 war, gehen wir mal davon aus, dass Covid im Verhältnis dazu Faktor 150 ist. Sind aber die Massnahmen, die wir jetzt haben, auch 150? Ich denke, das sind wir eher bei Faktor 1000. Wo liegt es also: bei 1000 oder bei 100 oder müssen wir irgendwie Faktor 500 anstreben, um langfristig überleben zu können? Dies möchte ich der Regierung, der Verwaltung einfach mitgeben. Wenn es so rauskommt wie beim Kalten Krieg und man dann mal Pläne findet, die besagen «Aha, die Sowjets wollten ja gar nie Westeuropa angreifen, die waren ja friedlich», wie stehen wir dann da? Wie erklären wir das später? Hier müssen einfach einerseits schützen, die Massnahmen der Regierung stützen, aber andererseits kritisch denken – mit Blick auf die Zukunft und die Glaubwürdigkeit. Hier möchte ich Sie einladen, einmal in die Geschichte zu schauen. Schauen Sie sich mal die Geschichte von Professor Semmelweis (*Ignaz Semmelweis*) an. Dieser mutige ungarische Arzt, der so vielen Millionen Menschen seither das Leben gerettet hat, weil er in den 1850er-Jahren herausgefunden hat, dass man desinfizieren muss. Also die Grundlage unserer heutigen Händedesinfektion hat dieser Mann damals fast mit seiner Karriere bezahlt und wurde von den Kollegen am Anfang geächtet. Das heisst also: In jeder Situation brauchen wir Querdenker. Und dafür setze ich mich ein und ich werde mir jetzt wirklich noch überlegen, welchen Knopf ich drücken werden, weil ich jede Initiative unterstütze, die zu mehr Informationen und zu mehr Entscheidungsgrundlagen führt. Danke vielmals.

Tobias Langenegger (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte kurz Stellung nehmen zum Gesagten, weil es mich ziemlich irritiert:

Ich beginne bei der SVP, die gesagt hat, wir hätten ja schon das Contact Tracing, und mit Contact Tracing sei ja alles bestens. Dazu möchte ich gerne sagen: Contact Tracing beginnt dann, wenn jemand positiv ist. Also kann man vielleicht eine Summierung von positiven Fällen machen und dann irgendwie probieren, etwas auszusagen, es hat aber einfach keine wirkliche Relevanz. Was wir hier möchten, was wir hier fordern, ist, dass man, bevor der Test stattfindet, eine Umfrage macht und beginnt, zu sagen, wie man sich verhalten halt, wo man war. Denn dann hat man nicht nur positive Leute, die man untersucht, zu denen man Daten erhebt, sondern eben die Kontrollgruppe, die negativen, und erst dann wird es wirklich interessant und man kann neue Erkenntnisse gewinnen. Hören Sie also auf, von Contact Tracing zu sprechen. Contact Tracing ist wichtig und hat eine komplett andere Funktion.

Dann sagte die SVP noch, dass wir hier einfach Geld zum Fenster hinauswerfen. Das finde ich eine fast schon zynische Aussage. Denn wir werden, wenn wir nichts lernen, immer wieder wesentlich mehr Geld aus dem Fenster hinauswerfen. Wir haben es heute Morgen gehört, der Finanzkommission wurde ein neues Geschäft (*Vorlage 5663b*) zugewiesen, bei dem es wieder um 95 Millionen Franken geht. Es ist klar: Immer wenn man pauschal mit dem Hammer hantieren und einen Lockdown machen muss, kostet es wesentlich mehr. Momentan beschäftigt uns

B117 (*Covid-Mutation*), aber anscheinend wissen Sie von der SVP schon jetzt, dass es danach wirklich vorbei ist und wir mit allen den Corona-Massnahmen aufhören können. Ich gehe aber davon aus, dass es vielleicht nochmals eine neue Mutation gibt und wir dann ziemlich froh wären über sämtliche Informationen, die wir dann hätten, und nicht wieder mit dem Hammer Massnahmen beschliessen müssen. Denn ich bin überzeugt, dass das wesentlich billiger ist.

Dann noch zur GLP: Ich bin etwas erstaunt, dass Sie gegen mehr Daten sind, ich habe Sie immer als sehr offen für die Wissenschaft und für die Wirtschaft wahrgenommen. Sie wissen alle, je mehr Daten man hat, desto mehr würden wir nachher gezieltere Massnahmen treffen können. Aber immerhin haben Sie ja Martin Bäumle (*GLP-Nationalrat*), vielleicht ist er ihr Datensammler und das reicht Ihnen. Und er kann für sämtliche Wirtschaftszweige bestimmen, was jetzt dann dort sinnvoll ist, je nach Entwicklung von B117.

Wichtig ist mir aber die Korrelation. Natürlich geht es um Korrelation und nicht um Kausalitäten, es hat aber sehr wohl einen Effekt. Überlegen Sie sich mal, Josef Widler hat es gesagt, man braucht eine Hypothese. Die Idee stammt nicht von Marc Bourgeois und mir, sondern es kamen Leute aus der Wirtschaft, die gesagt haben: Schaut mal, wir verstehen, dass es jetzt einen Lockdown braucht, aber wir haben den Eindruck, dass es gewisse Punkte gibt, wo die Ansteckungsrate sehr hoch ist, zum Beispiel in gewissen Musikclubs. Warum dieser Eindruck entsteht, ist relativ einfach nachzuvollziehen, wenn es zum Beispiel um eine Lounge geht. Die Musik ist laut, man trinkt, ist in kleinem Rahmen, muss trotzdem laut schreien, schreit sich ins Gesicht – et voilà, die Übertragung ist natürlich höher. Das ist nun eine spannende Hypothese, und es wäre wichtig, hier mehr herauszufinden. Und wenn sich zeigt, dass es tatsächlich so ist, dass ein Klub mit Lounge eine höhere Ansteckungsrate aufweist, so verbietet man doch später nur die Loun- ges und macht nicht gleich alles zu. Ich hoffe schwer, dass solche Erkenntnisse auch im Interesse der GLP sind.

Ich möchte noch ganz kurz auf Josef Widler eingehen, denn zwei Sachen haben mich bei ihm sehr irritiert: Erstens sagt er, die Ansteckung sei in der Familie. Ich meine, ich gebe Ihnen völlig recht, ich habe auch am meisten Angst vor meinen Kindern und meiner Freundin. Aber ich glaube nicht, dass sie sich zu Hause mit mir anstecken, sondern dass sie es irgendwie in meine Familie reinbringen. Und dann fände ich es halt noch spannend zu wissen: Ist es der Pausenplatz? Josef Widler behauptet, es sei nicht der Pausenplatz. Ich habe die Studie gelesen und habe es so verstanden, dass die Kinder nicht die Treiber sind, aber dass sie sehr wohl einen Effekt haben und mich anstecken können. Anscheinend habe ich die Studie falsch verstanden. Wenn dem nicht so nicht, wäre es aber spannend zu wissen, welchen Effekt der Pausenplatz hat. Das weiss ich aber nur, wenn ich positive und negative Bewegungsmuster vergleiche, Leute mit und ohne Kinder et cetera, et cetera.

Und zum Schluss: Ich weiss, der Schnitt bei den Leuten, die gestorben sind, ist 87 Jahre. Ich weiss aber nicht, was das für mich bedeutet. Ist das darum jetzt weniger schlimm oder schlimmer. Ich hoffe, es ist nicht weniger schlimm, und ich möchte

Sie wirklich bitten, sich nochmals zu überlegen, ob Sie nicht ein bisschen mehr wissen möchten über Corona. Besten Dank.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Liebe Vertreterinnen und Vertreter der SVP, ich muss doch nochmal auf das Votum Ihrer Erstrednerin eingehen: Sie haben offensichtlich nicht verstanden, um was es geht, wenn Sie einen Konnex zum Contact Tracing machen. Was wir fordern, ist etwas komplett anderes. Contact Tracing ist flächig, Contact Tracing operiert ex post bei einer Infektion, und es ist einzelfallorientiert. Und man muss es machen und man muss es wahrscheinlich auch besser machen, als wir es heute machen. Hier geht es um etwas ganz anderes. Es geht eben nur darum, Korrelationen festzustellen. Welche Verhaltensmuster, welche Lebensstypen, welche Orte sorgen statistisch dafür – und das kann man statistisch heraus Schälen, wenn man eine genügend grosse Zahl hat –, dass sich Menschen anstecken, und wo ist es eben nicht der Fall? Gerade eure Gewerbler sind es, die beklagen, dass es keine Datengrundlage gibt. Jetzt gäbe es die Chance, diese zu schaffen und vielleicht auch gewisse Wirtschaftszweige zu entlasten, und ihr sagt: Ja, aber das könnte ein bisschen Geld kosten, da machen wir nicht mit. Ja wisst ihr, was das kostet, all diese Betriebe zu schliessen? Habt ihr das schon wieder vergessen, eure Sonntagsreden? Für mich ist das unglaublich. Lest mal die Stellungnahme der Zürcher Handelskammer. Die sagt ganz klar, das sei zu unterstützen im Sinne der Wirtschaft. Ich dachte immer, ihr seid eine wirtschaftsfreundliche Partei, und bin schon sehr überrascht – und immerhin noch ein bisschen hoffnungsvoll wegen des Votums von Daniel Wäfler. Ich bitte euch, ihm Folge zu leisten.

Vielleicht noch zum Verständnis: Oftmals wurde gesagt, das gehe gar nicht. Es gibt verschiedene Referenzstudien, die das genau gemacht haben. Lesen Sie die NZZ am Sonntag von vor ungefähr eineinhalb Monaten: Die Stanford University hat das mit Mobildaten gemacht. Das amerikanische Gesundheitsamt hat es mit Befragungen gemacht. Es gibt verschiedene Varianten, es wurde gemacht. Es ist einfach nicht anwendbar für unsere Breitengrade, und man müsste es für uns eben auch machen und dann hätte man auch viele leidige Diskussionen, die man heute hat, nicht mehr. All jenen, die heute Nein stimmen, muss ich sagen: Erklären Sie künftig den wirtschaftlichen Opfern und den sozialen Opfern dieser Pandemie – und wir wissen nicht, wie viele es noch sein werden –, dass ihre Existenzgrundlage aufgrund eines Bauchgeföhls des Regierungsrates – und es ist ein Bauchgeföhls, nach dem heute entschieden wird – den Bach runtergeht. Wollen Sie das den Menschen erklären? Dann viel Vergnügen. Ich werde Sie daran erinnern.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: In der Bewältigung der Covid-Pandemie lohnt es sich zwischendurch, sich einen Überblick zu verschaffen. Ich mache das, in dem ich mir vier Säulen vorstelle. In der ersten Säule sind alle Massnahmen, die repressiv sind. Diese werden gemäss den gesetzlichen Grundlagen vom Bund, vom Regierungsrat, von der Kantonsärztin, je nach Zuständigkeit, erlassen. Das sind Verbote und Vorschriften, die sanktioniert werden, wenn sie nicht eingehalten werden: Schliessungszeiten, Maskenpflicht et cetera. In der zweiten Säule ist

die Prävention. Das sind alle Massnahmen, an die wir uns selber aus eigener Einsicht, aus Eigenverantwortung halten müssen: kein Handschlag, Händewaschen, Abstand halten, Kontakte reduzieren, das gehört zur Prävention. In der dritten Säule sind alle technologischen Massnahmen: Contact Tracing, Impfen, Testen und eben auch statistische Analyse. Und in der vierten Säule sind alle schadensmindernden Massnahmen: Härtefall, Kulturfinanzierung, Kurzarbeit, Erwerbserersatz, all das, was die Schäden korrigieren sollte. Die statistische Analyse gehört also in die Säule drei, in den technologischen, technischen Bereich. Zuständig ist das Statistische Amt in wesentlichen Teilen, und ich denke, wir können alle stolz sein auf das kantonale Statistische Amt. Es ist in der Corona-Zeit definitiv zum schweizerischen Benchmark geworden. Fast alle Leitmedien nehmen die Zahlen des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, um ihre Dashboards aufzubauen und ihre Statistiken nachzuführen. Und vielleicht das vorweg: Falls Sie das Postulat überweisen würden, dann könnte das Statistische Amt diese Informationen, sowohl unter Berücksichtigung des Datenschutzes wie auch in Bezug auf verwertbare Informationen, aufbereiten. Es würde keinen Mumpitz herstellen. Es würde mit der Forschung zusammenarbeiten. Es würde auch nicht einfach Daten sammeln, sondern es würde Aussagen erarbeiten.

Der Regierungsrat teilt die grundsätzliche Ansicht, dass wir mehr Daten brauchen. Und es ist sehr bedauerlich, dass wir in dieser Pandemie mehr oder weniger weltweit auf einer sehr unsicheren Datenlage stehen. Einzelne Studien wurden erwähnt, wo einzelne Forschungsinstitute und statistische Ämter versuchen, Gegensteuer zu halten. Aber es sind wirklich nur punktuelle Anstrengungen. Ob solche Daten jetzt zu sammeln sind und sie dann auch für künftige Pandemien nutzbar sein könnten, das wissen wir nicht. Aber es ist tatsächlich angesichts der eigentlichen technologischen Möglichkeiten schwierig, auch zu akzeptieren, dass aktuell nicht mehr Daten zur Verfügung stehen.

Bedenken und ablehnen tut der Regierungsrat dieses dringliche Postulat vor allem aus drei Gründen: Einerseits in Bezug auf den Aufwand, der generiert würde. Hier bräuchten wir, wenschon, ein klares Mandat des Kantonsrates, dass dieser Aufwand auch tatsächlich betrieben werden sollte. Zweitens in Bezug auf den Zeitpunkt: Wo stehen wir in der Pandemie? Was könnten wir mit diesem generierten Aufwand tatsächlich auch noch an Mehrnutzen jetzt herstellen? Und drittens, in Bezug auf den verwertbaren Nutzen, angesichts der eben grundsätzlich schwachen Datenlage: Wie können wir mit einem zusätzlichen Aufwand auf dieser schwachen Ausgangslage einen wirklichen Mehrwert schaffen? Dies auch mit Blick auf die internationalen Studien, die dann eben auch nötig wären, um überhaupt Vergleiche herzustellen.

Also summa summarum: Weil die Datenlage kantonale, nationale und internationale schwach ist, ist es zweifelhaft, ob mit einer solchen Vertiefungsstudie tatsächlich ein wesentlicher Mehrnutzen erarbeitet werden kann. Das sind die Bedenken des Regierungsrates, auch etwas bedauerliche Bedenken, weil der Regierungsrat auch der Meinung ist, dass es im Bereich Daten Mangel gibt. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, das dringliche Postulat abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 60 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 416/2020 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 60 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 416/2020 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.